



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	7
4.	Türkische Zyprioten	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Innenpolitische Entwicklungen	9
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	10
	Außenpolitik	11
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	11

FES NEWS

- bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[@FESCyprus](https://www.facebook.com/FESCyprus)

www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

1. Das Zypernproblem

Im April fanden die Verhandlungen zur Lösung des Zypernproblems vor dem Hintergrund einer neu gebildeten Regierungskoalition im Norden und den im Süden im Mai stattfindenden Parlamentswahlen statt.

Die beiden Volksgruppenvertreter Mustafa Akinci und Nicos Anastasiades trafen sich zum ersten Mal in diesem Monat am 19. April unter der Leitung des Sonderberaters des UN-Generalsekretärs für Zypern, Espen Barth Eide, und dessen Stellvertreterin Lisa Buttenheim. Governance- und Eigentumsfragen standen im Zentrum der Gespräche. Nach dem Treffen gab Präsident Anastasiades bekannt, dass Fortschritte gemacht und mehrere Einigungen erreicht worden seien. Auch auf dem folgenden Treffen, das am 25. April stattfand, wurden die Themen Governance und Eigentum diskutiert. Anastasiades beschrieb dieses Treffen als "produktiv", da einige Fragen geklärt worden seien. Der Präsident ließ sich jedoch nicht darüber aus, ob neue Konvergenzen erreicht wurden. Akinci hingegen betonte, dass er seine Positionen in den Zyperngesprächen durch den politischen Wechsel im Norden nicht ändern werde. Akinci beauftragte den Vorsitzenden der National Unity Party (UBP), Huseyin Ozgurgun, mit der Regierungsbildung, nachdem die Koalition mit der Republican Turkey Party (CTP) von Mehmet Ali Talat Anfang des Monats gescheitert war. Daraufhin wurde eine neue Regierungskoalition mit Serdar Denktaschs Democratic Party (DP), die wie die UBP seit jeher einen harten Kurs in der Zypernfrage verfolgt, gebildet.

Das nächste Treffen der beiden Volksgruppenvertreter ist für den 6. Mai vorgesehen. Es ist kein weiteres Treffen vor den Parlamentswahlen im Süden, d.h. vor dem 22. Mai, geplant.

Am 19. April besuchte die für Europa und Eurasien zuständige Assistant Secretary of State des US-Außenministeriums, Victoria Nuland, Zypern und führte Gespräche mit beiden Volksgruppenvertretern. Berichten zufolge, steht der Besuch im Zusammenhang mit dem politischen Wechsel in der TRNZ¹, der in Washington Anlass zur Sorge war. Die USA hatte wiederholt ihre Unterstützung für eine Lösung ausgedrückt und immer wieder die guten Beziehungen zwischen Anastasiades und Akinci gefördert.

Am 12. April wurde Mustafa Akinci von Außenminister Frank-Walter Steinmeier in Berlin empfangen. Nach dem Treffen brachte Steinmeier seine Hoffnung auf weitere Fortschritte in den derzeitigen Verhandlungen zum Ausdruck. Nachdem Treffen sagte Akinci, dass dies eine gute Gelegenheit gewesen sei, über die aktuelle Phase des Verhandlungsprozesses zu diskutieren. Zum ersten Mal habe Deutschland, eines

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

der wichtigsten Mitgliedstaaten der EU, so viel Interesse für das Zypernproblem an den Tag gelegt. Die anstehenden Parlamentswahlen im Süden hätten den Prozess verlangsamt. Wenn jedoch alle Beteiligten 2016 eine Lösung erreichen wollten, dann müsse der Verhandlungsprozess Ende Mai beschleunigt werden. Akinci fügte hinzu, dass die türkisch-zypriotische Seite bereit dazu sei.

Während seines Besuchs in Berlin nahm Akinci an einer Podiumsdiskussion der Friedrich-Ebert-Stiftung teil und beantwortete Fragen über den aktuellen Verhandlungsstand. Akinci antwortete auf die Frage, wie sich die neue Regierungskoalition zwischen der UBP und der DP (welche in der Zypernfrage als Hardliner gilt) auf die Verhandlungen auswirke, ob es im Vergleich zu der Vorgängerregierung unter Leitung der CTP weniger Unterstützung vonseiten der Regierung gebe. Er glaube jedoch, dass die Verhandlungen davon nicht beeinflusst würden. Akinci fügte hinzu, dass alle im Parlament vertretenen Parteien im 11. Februar 2014 ihre Unterstützung in einer gemeinsamen Erklärung, auf deren Grundlage die Gespräche zur Wiedervereinigung stattfinden, zugesichert hätten.

An anderer Stelle kommentierte Akinci die Spekulationen, wonach die Regierung rund 26.000 türkischen Staatsbürgern die türkisch-zypriotische Staatsbürgerschaft übertragen werde. Dies sei ausgeschlossen und nicht Teil der Agenda. Des Weiteren werde nichts unternommen, um die Verhandlungen in irgendeiner Weise zu torpedieren. Akinci merkte an, dass er sich bei dem Thema der Staatsbürgerschaft auf die Angaben des Innenministeriums verlassen

müsse, selbst aber im Sinne einer Lösung nicht beabsichtige von seinem Standpunkt abzuweichen.

In seinem Fortschrittsbericht für die Türkei begrüßte das EU-Parlament die "beträchtlichen Fortschritte" hinsichtlich Zyperns Wiedervereinigungsprozess und betonte, dass eine ausbleibende Lösung des Zypernproblems die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei beeinflussen würde. Des Weiteren sagte das EU-Parlament seine Unterstützung bei der "Transformation der Republik Zypern in eine bikommunale, bizonale Föderation mit politischer Gleichstellung beider Bevölkerungsgruppen und Chancengleichheit für alle Bürger" zu. Der Bericht wurde mit 375 zu 133 Stimmen und 87 Enthaltungen von den EU-Parlamentariern angenommen. Der türkische Minister für EU-Angelegenheiten, Volkan Bozkir, lehnte den Fortschrittsbericht jedoch ab, da in ihm Bezug auf den Genozid an den Armeniern im Ersten Weltkrieg genommen wird. Laut der staatlichen türkischen Presseagentur Anadolu gebe es für die türkische Regierung drei kritische Punkte in dem Bericht. Dies beinhalte die Definition des massenhaften Mordes an den Armeniern im Jahr 1915 als „Völkermord“, die Deklassifizierung der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK als Terrororganisation sowie der Vorschlag, den wirtschaftlichen Beitrag der EU zu beenden.

In einem Interview mit der Associated Presse kritisierte Akinci, dass die griechisch-zypriotische Seite eine dritte Runde für die Vergabe von Bohrlizenzen bei der Suche nach Erdgas in zypriotischen Gewässern begonnen habe, obwohl beide Seiten sich einig gewesen wären,

dass es diesbezüglich keine Dringlichkeit gebe. Akinci erinnerte daran, dass die Explorationsbohrungen in den Gewässern vor Zyperns Südküste im Jahr 2014 zu einem Abbruch der Friedensgespräche geführt hätten. Er fügte hinzu, dass es nach seinem Verständnis bei Beginn der derzeitigen Verhandlungen in diesem Punkt keine weiteren Unstimmigkeiten hätte geben sollen. Nun sehe er eine potentielle Gefahr.

Am 20. April trafen sich der zyprische Außenminister Ioannis Kasoulides und sein britischer Amtskollege Philip Hammond als Teil eines zweitägigen Besuchs des zyprischen Außenministers in London. Die beiden Außenminister besprachen den derzeitigen Stand der Verhandlungen, den Status der türkischen Siedler im Norden und Möglichkeiten, wie finanzielle Unterstützung für eine Lösung gefunden werden kann. Zuvor hatte Kasoulides den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie den französischen Außenminister Jean-Marc Ayrault in Berlin bzw. Paris zu Gesprächen getroffen.

Das Nachrichtenmagazin Economist berichtete, dass die Beratungsfirma Euroasia Group eine 60%ige Chance für eine Lösung veranschlagt.

Der UN-Sonderberater für Zypern, Espen Barth Eide, traf sich in Paris mit dem französischen Außenminister Jean-Marc Ayrault und informierte den Minister über die Verhandlungsschritte sowie die bestehenden Schwierigkeiten. Laut einer Erklärung von Eides Büro, wurde besprochen, wie die internationale Unterstützung für Zyperns Wiedervereinigung am besten genutzt werden könne. Sie ermutigten die bei-

den Bevölkerungsgruppen ihre Bemühungen fortzusetzen um schnellstmöglich eine umfassende Lösung zu erreichen und eine günstige Gelegenheit nicht verstreichen zu lassen. Des Weiteren wurde auch die Rolle des UN-Sicherheitsrats bei der Umsetzung einer möglichen Lösung, und wie die EU bei der Finanzierung helfen könne, diskutiert.

Die Gewerkschaften riefen zur Teilnahme an einer gemeinsamen Feier zum ersten Mai auf, die innerhalb der UN-kontrollierten Pufferzone gegenüber dem Ledra Palace Hotel in Nikosia stattfand. In einer gemeinsamen Erklärung, die vom Generalsekretär des Panzyprischen Gewerkschaftsbundes (PEO), Pambis Kyritis, auf Griechisch und vom Vorsitzenden der Dev-Is-Gewerkschaft, Hasan Felek, auf Türkisch vorgelesen wurde, riefen die Gewerkschaften die politische Führung beider Bevölkerungsgruppen auf, mit gutem Willen in all jenen Bereichen, in denen Konvergenzen erreicht wurden, voranzugehen, um eine gerechte und für beide Seiten akzeptable Lösung zu erreichen, die auf politischer Gleichheit basiert wie in den Entscheidungen und Resolutionen der UN festgelegt. Dies sei eine Lösung, welche Zypern und seine Bevölkerung wiedervereine. Die Gewerkschaften machten außerdem die neoliberale Politik dafür verantwortlich, dass die arbeitende Bevölkerung immer mehr verarme und versklavt werde. Daher seien sie gegen die Auflagen der Troika und die Politik der Türkei im Norden, Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen, Privatisierungen, Umweltzerstörung, Rassismus, Sexismus und jegliche Form ethnischer Diskriminierung.

Die Mitglieder des Technischen Ausschusses für Kulturerbe überprüften die Restaurierungsarbeiten an dem Kloster Agios Panteleimonas im Dorf Kalo Chorio (Camlibel). Das türkisch-zypriotische Mitglied Ali Tuncay erklärte, dass der Ausschuss seit 2011 verschiedene Projekte durchgeführt habe, die zum Großteil durch EU-Gelder finanziert worden seien.

Okan Dagli, ein Aktivist der bikommunalen Famagusta-Initiative hält es für falsch, mit der Öffnung der eingezäunten Stadt Varosha auf eine umfassende Lösung des Zypernproblems zu warten. Die Stadt solle im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen sofort zugänglich gemacht werden. Dies werde nicht nur die Wirtschaft in der Region Famagusta ankurbeln, sondern auch zum Friedensprozess beitragen.

In einem exklusiven Interview mit dem Nachrichtenportal In-Cyprus sagte der griechisch-zypriotische Fußballspieler Stelion Kittos, der vor ungefähr zwei Jahren eine für seine Karriere dramatische Entscheidung traf und ein Angebot des türkisch-zypriotischen Fußballvereins Degismenlik (Kythrea) annahm, dass er anfangs viele Probleme hatte und beschuldigt wurde „pro-türkisch“ zu sein. Jetzt aber erfahre er Unterstützung, da seine Entscheidung nicht politisiert werden solle. Er habe beobachtet, dass sich die Einstellung vieler Menschen in den letzten zwei Jahren geändert habe. Die Einstellung der türkischen Zyprioten im Norden sei sehr positiv. Er werde als Fußballer wahrgenommen und respektiert. Er habe damit begonnen, Türkisch zu lernen und könne sich verständigen. Außerdem habe er im Norden gute Freundschaften geschlossen.

2. Gasvorkommen

Laut Transportminister Marios Demetriades stimmte das Energieunternehmen Total einer Verlegung seiner Büros von Larnaka in den Hafen von Limassol zu. Des Weiteren soll der Vertrag mit einer Dienstleistungsfirma für Total im Juli unterzeichnet werden. Derzeit läuft noch das Ausschreibungsverfahren. Die Regierung versucht seit einiger Zeit, die Gasunternehmen ENI, Noble und Total, welche vor Zyperns Küste operieren, zu einer Verlegung ihrer Operationsbasis nach Limassol zu bewegen, nachdem der Stadtrat von Larnaka im Februar eine Lizenzverlängerung des Dienstleistungsunternehmens MedServ, welches für ENI und Total tätig war, abgelehnt hatte. Die Anwohner befürchteten, dass sich der Hafen zu einem industriellen Knotenpunkt entwickeln würde und Gesundheits- und Umweltrisiken damit verbunden seien.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nach Angaben von Eurostat lag 2015 die Beschäftigungsquote bei den 20- bis 64-Jährigen in Zypern bei 68% verglichen mit 67,6% im Jahr 2014. Die Quote liegt immer noch unter dem von der EU angestrebten Ziel von 75%. Derweil verzeichnete Zypern die größte jährliche Abnahme in der saisonbereinigten Arbeitslosenquote innerhalb der EU. Die Zahl der Arbeitslosen sank von 16,2% im März 2015 auf 12,1% im März 2016. In absoluten Zahlen verringerte sich die Zahl der Arbeitlosen von etwa 70.000 auf

etwa 50.000. Dennoch verzeichnet Zypern nach Angaben von Eurostat die vierthöchsten Arbeitslosenzahlen in der EU, obwohl die Zahl der Arbeitssuchenden aufgrund von Auswanderung in den letzten Jahren gesunken ist.

Am 22. April bestätigte die Ratingagentur Fitch Ratings Zyperns langfristiges Bonitätsrating mit B+ mit positivem Ausblick trotz bestehender Risiken, welche die Kreditwürdigkeit Zyperns belasteten. Zyperns Bonitätsrating lag im Vormonat bereits bei B+ und positivem Ausblick, nachdem das Land zuvor mit B- und negativem Ausblick bewertet worden war. Die B+ Bewertung bedeutet jedoch, dass Zypern immer noch drei Stufen unter dem Investment Grade-Rating liegt. Laut Finch befindet sich Zypern derzeit in einer Phase „finanzieller, fiskalischer und wirtschaftlicher Anpassung großen Ausmaßes nach der Bankenkrise im Jahr 2013 mit folgendem Bail-Out-Programm der EU und des IWF“. Des Weiteren deutete das vorzeitige Ausscheiden aus dem makroökonomischen Anpassungsprogramm im März 2016 auf fiskalische Konsolidierung, Fortschritte im Finanzsektor und wirtschaftliche Erholung hin. Trotzdem gebe es immer noch einige Faktoren, die sich negativ auf Zyperns Kreditwürdigkeit auswirkten.

Der Internationale Währungsfond geht davon aus, dass Zypern im Jahr 2016 einen Überschuss von 0,1% erwirtschaften wird, nachdem 2015 noch ein Haushaltsdefizit von 1,7% vorlag. Diese Zahlen beinhalten nicht die Rekapitalisierungskosten der kooperativen Banken in Höhe von 175 Millionen Euro, die im Dezember anfielen. Der IWF erwartet für 2016 einen Primärüberschuss von 2,6% im Vergleich zu 1,4% im Jahr

2015. Für 2017 wird mit einer Erhöhung des Primärüberschusses auf 3% und für 2018 auf 3,6% ausgegangen. Außerdem wird für 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,6% erwartet, was der Wachstumsrate von 2015 entspricht, bevor das Wachstum 2017 bei 2% liegen soll.

Nach den Berichten in der internationalen Presse über die Aktivitäten der panamaischen Anwaltskanzlei Mossack Fonseca in Zypern, die angeblich Politikern, Unternehmen, Kriminellen und Prominenten bei der Gründung von Offshore-Firmen, Geldwäsche und Steuerhinterziehung behilflich war, setzte die zypriotische Anwaltskammer eine Arbeitsgruppe ein, welche die Tätigkeiten des zypriotischen Ablegers des Anwaltsbüros untersuchen soll.

Als Folge der Veröffentlichungen und nachdem bekannt wurde, dass Vertraute von Russlands Präsident Putin in RCB Offshore-Transaktionen von bis zu zwei Milliarden Euro verwickelt gewesen sein sollen, beendete die Deutsche Bank ihre Korrespondenzbankenbeziehung mit der Russian Commercial Bank (RCB) in Zypern. Die RCB verneinte jeglichen Zusammenhang zwischen den Panama Papieren und der Aufgabe einiger regionaler Tätigkeiten der Deutschen Bank.

Innenpolitische Entwicklungen

Diejenigen Parteien, die bei den derzeitigen Friedensverhandlungen zur Lösung des Zypernproblems Hardline-Positionen vertreten – nämlich die DIKO, EDEK, Evroko, die Grünen und die Bürgerallianz – brachten erneute ihre Befürchtungen hinsichtlich der neuen Koalitionsregie-

rung im Norden und die möglichen Auswirkungen auf die Verhandlungen zum Ausdruck, da davon auszugehen sei, dass die Koalition einen harten Kurs am Verhandlungstisch verfolgen werde. Des Weiteren beschwerten sich die Parteien über die „Aufwertung“ von Mustafa Akinci nach dessen Besuch in Berlin. Die DIKO forderte eine Einberufung des Nationalen Rates, um über beide Entwicklungen zu beraten.

Am 14. April legten die Oppositionsparteien einen Gesetzesvorschlag vor, um die Privatisierung der sich derzeit in staatlicher Hand befindenden Telekommunikations- und Elektrizitätsgesellschaften vor 2017 zu verhindern. Dies fand vor dem Hintergrund eines Disputs mit der regierenden DISY statt. Das Gesetz wurde mit 32 Stimmen von der AKEL, EDEK, DIKO, den Grünen und der Bürgerallianz verabschiedet. Zwanzig DISY-Abgeordnete und ein Abgeordneter der EVROKO stimmten dagegen, während sich Athina Kyriakidou enthielt. Der Vorsitzende der DISY, Averof Neophytou, hatte zuvor gefordert, die Abstimmung auf den Juni zu verschieben, was jedoch von den anderen Parteien abgelehnt wurde. Neophytou warnte, dass dieses Gesetz, welches nur wegen der anstehenden Wahlen verabschiedet worden sei, die Fortschritte der letzten drei Jahre gefährden könnte.

Das Parlament löste sich nach einer eintägigen Sitzung auf und bestimmte offiziell den 22. Mai für die anstehenden Parlamentswahlen.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Gesetzesvorlage des DISY-Vorsitzenden Averof Neophytou zur Beschränkung des Streikrechtes in wichtigen Bereichen wurde zurückgezogen, um einen Dialog aller beteiligten Gruppen zu ermöglichen. Obwohl eine Vereinbarung von 2004 zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften unter Aufsicht des Staates – welche auch in die Betriebsverfassung aufgenommen wurde – eine Mindestversorgung während eines Streikes bei bestimmten Dienstleistungen stipuliert, forderten die Arbeitgeberverbände OEB und KEBE zum wiederholten Mal eine Ausweitung und gesetzliche Verpflichtung der Vereinbarung auf weitere Bereiche. Dies solle für alle Gewerkschaften gelten und strafrechtliche Sanktionen wie auch eine Gefängnisstrafe im Falle eines Verstoßes zur Folge haben. Dies wurde von allen Gewerkschaften und einigen im Parlament vertretenen Parteien abgelehnt, was eine Rücknahme der Gesetzesvorlage zur Folge hatte. Der Generalstaatsanwalt bezeichnete das Vorgehen der Regierung als übereilt und verwirrend und betonte, dass eine Frage dieser Komplexität nicht über Nacht gelöst werden könne. PEO und der AKEL kritisierten die DISY und die Regierung besonders heftig dafür, den Arbeitern Angst zu machen und Streiks bestrafen zu wollen.

Die Bank of Cyprus informierte die Gewerkschaft der Bankangestellten ETYK über ihre Pläne für einen Stellenabbau und eine Kostenreduzierung und machte deutlich, dass es keine weiteren Vorruhestandsregelungen wie bei der Alpha Bank geben werde.

PASIDY verlangte eine Beendigung der bestehenden Gehaltskürzungen für Beamte. In seiner Rede auf der Jahresversammlung der PASIDY begrüßte Anastasiades, dass PASIDY den Rechtsweg in dieser Frage gehen wolle und lobte die Gewerkschaft für ihre konstruktive Zusammenarbeit bei der Reform des öffentlichen Dienstes. Er kündigte an, dass die 10%ige Kürzung des Anfangsgehalts für zeitlich befristete Arbeitnehmer des öffentlichen Diensts für jene Arbeitnehmer abgeschafft werde, die 24 Monate beschäftigt sind, während jene Arbeitnehmer, die 30 Monate beschäftigt sind, den Status „unbefristeter Angestellter“ bekommen würden.

Die Gewerkschaften der Angestellten des zyprischen Telekommunikationsunternehmens CyTA legten Präsident Anastasiades ihre Vorschläge für die Umstrukturierung des Unternehmens vor. Die Gewerkschaften für die Angestellten des zyprischen Strohmunternehmens CEA beschwerten sich über das „willkürliche Vorgehen“ des Energieministers und beschuldigten ihn, die CEA weiterhin entgegen der Ankündigungen der Regierung zu sabotieren. Der Energieminister hatte während des letzten Treffens des parlamentarischen Finanzausschusses eine Ausnahmeregelung hinsichtlich der Stellenausschreibungen für die Posten des General- sowie des Finanzdirektors der CEA erwirkt. Die Gewerkschaften forderten von dem Minister eine Zusicherung darüber, dass die beiden Posten sofort nach der Wahl des neuen Parlaments besetzt werden.

Die Angestellten des Asylbewerberheims in Kofinou organisierten einem 24-stündigen

Streik, um gegen die Privatisierungspläne des Innenministeriums und ausstehende Gehaltszahlungen zu protestieren. Nach dem Streik fanden Gespräche zwischen der PEO auf Seiten der Angestellten und der entsprechenden Dienststelle sowie der Leitung des Heims statt.

Die ehemaligen Angestellten der FBME Bank, deren Lizenz entzogen worden war, organisierten mehrere Streik- und Protestaktionen. Die Streikenden forderten die Zahlung ausstehender Gehälter und anderer Bezüge, welche ihnen aufgrund der derzeitigen Rechtslage zustehen, aber durch die Art, wie die Bank abgewickelt wurde, nicht zukamen. Ihre Kritik richtet sich gegen die Berufung des neuen kommissarischen Leiters durch die Zentralbank zur endgültigen Schließung der Bank. Der Konflikt wird nun auf gerichtlicher Ebene ausgetragen.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Laut Zeitungsberichten wollen die Türkei und die türkisch-zyprische Regierung ein vorläufiges Finanzprotokoll für den Zeitraum 2016-18 unterzeichnen. Demnach soll unter anderem das staatliche Elektrizitätsunternehmen aufgeteilt und der Vertrieb privatisiert werden. Des Weiteren soll die Infrastruktur und der Dienstleistungsbereich der staatlichen Telekom in eine öffentlich-private Partnerschaft umgewandelt werden. Der Betrieb der Häfen soll ebenfalls privatisiert werden, sowie öffentliche und ausländische Investitionen im Tourismus erleichtert

werden. Des Weiteren gibt es Pläne die Subventionen für landwirtschaftliche Produkte abzuschaffen, das Rentenalter auf 65 Jahre und die Krankenhausgebühren für Patienten zu erhöhen.

Auf einer Pressekonferenz informierte der scheidende Vorstandsvorsitzende des Elektrizitätsunternehmens KIB-TEK, Ismet Akim, die Öffentlichkeit über die Arbeit der letzten zwei Jahre und kritisierte die Forderung aus Ankara nach einer Privatisierung der Stromversorgung. Die Türkei begründete dies damit, dass das Unternehmen nicht wirtschaftlich arbeite. Akim wehrte sich gegen die Vorwürfe und betonte, dass 96,7% der Stromgebühren eingezogen würden, während die Rate in der Türkei nicht über 70% liege. Mit einem guten Management sei KIB-TEK ein wirtschaftlich starkes Unternehmen, von dem das ganze Land profitieren könnte.

Fikri Toros wurde am 2. April als Präsident der türkisch-zypriotischen Handelskammer auf deren Hauptversammlung wiedergewählt.

Innenpolitische Entwicklungen

Am 2. April fiel auf einer Parteiversammlung der National Unity Party (UBP) die Entscheidung, sich aus der Regierung zurückzuziehen und somit die Koalition mit der Republican Turkish Party (CTP), die am 15. Juli 2015 gebildet worden war, zu verlassen. Der Parteivorsitzende Huseyin Ozgurgun begründete den Schritt mit der Unfähigkeit der Regierung die Gehälter der Beamten für den Monat März rechtzeitig ausbezahlt zu haben und der damit verbundenen

Frage, welche Stellung die Partei innerhalb der Koalition habe. Bereits seit Februar waren die Beziehungen zwischen den beiden Parteien angespannt, da sie sich nicht über die Einzelheiten der Vereinbarung zwischen der türkisch-zypriotischen Regierung und der Türkei über den Betrieb der Wasserwerke einigen konnten. Ein weiterer Streitpunkt war der Inhalt des neuen Finanzprotokolls mit Ankara.

Am 5. April übergab Premierminister Omer Kalyoncu Präsident Akinci das Rücktrittsgesuch seiner Regierung. Daraufhin beauftragte der Präsident den Vorsitzenden der UBP, Ozgurgun, mit der Regierungsbildung. Am 15. April unterzeichneten die UBP und die DP einen Koalitionsvertrag und am 17. April bestätigte Akinci das neue Kabinett. Das neue Kabinett besteht aus acht Ministerien (mit dem Amt des Premierministers), die von der UBP besetzt sind und drei DP-geführten Ministerien. Ozgurgun wird der Premierminister der 39. Regierung sein, während der Vorsitzende der DP, Serdar Denktasch, die Posten des stellvertretenden Premierministers und Finanzministers inne hat. Am 27. April wurde die neue Regierung vom Parlament in einer Wahl mit 27 gegen 22 Stimmen bestätigt. Die 18 UBP-Abgeordneten sowie die fünf Abgeordneten der DP und vier unabhängige Parlamentarier stimmten für die neue Regierung, während alle Abgeordneten der CTP und der TDP dagegen votierten.

Das türkisch-zypriotische Parlament nahm die Änderungen des Wahlgesetzes, welches auch die Bestimmungen für ein Referendum beinhaltet, einstimmig an. Dadurch werden die bisher fünf Wahlbezirke im Norden zu einem Bezirk

zusammengelegt. Die Kandidaten werden auf einer einzigen Liste stehen und die Bewohner werden unabhängig von ihrem Wohnort für alle Kandidaten stimmen können. Die Anzahl von 50 Abgeordneten wird sich nicht ändern und sie werden entsprechend der Bevölkerungszahl auf die bestehenden Bezirke verteilt, d.h. für Nikosia 16, für Famagusta 13, für Kyrenia 10, für Morfou (Guzelyurt) 6 und Trikomo (Yeni Iskele) 5. Jeder Bezirk wird immer noch eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten stellen, die von der Einwohnerzahl abhängt. Wie im bisherigen System werden die Wähler drei Möglichkeiten haben, um abzustimmen: (a) Sie können für die gesamte Liste einer Partei stimmen, nicht für einzelne Kandidaten. (b) Sie können für die Liste einer Partei stimmen und einzelne Kandidaten wählen. (c) Die Wähler können ihre Stimme auf unterschiedliche Kandidaten verschiedener Listen aufteilen. Durch die Änderung des Wahlgesetzes können die Wähler ihre Stimmen auf Kandidaten aller fünf Bezirke verteilen. Das Motiv für die Gesetzesänderung war die Hoffnung, dass die Parteien nun Kandidaten aufstellen, welche die Wähler über ihren Bezirk hinaus ansprechen, aber auch die weit verbreitete Vetternwirtschaft und den Klientelismus zu erschweren. Es gibt aber auch kritische Stimmen, die bemängeln, dass es nun schwieriger sei, bestimmte Kandidaten zu wählen oder die Stimmen aufzuteilen, da der Wähler dies für jeden Bezirk machen müsse. Beispielsweise muss ein Wähler aus Famagusta, der seine Stimme auf verschiedene Kandidaten unterschiedlicher Parteien verteilen möchte, zwischen 24 und maximal 50 Kandidaten wählen. Er muss dies jedoch wenigstens für die Hälfte der

Kandidaten in jedem Bezirk tun, d.h. acht Kandidaten aus Nikosia, fünf Kandidaten aus Kyrenia usw.

Laut einer Meinungsumfrage der Gezici Research Company, bei der am 26. und 27. März 2.057 Personen im Norden befragt wurden, würde die neu gegründete People`s Party (HP), die von dem ehemaligen Verhandlungsführer Kudret Ozersay angeführt wird, mit 33.1% die meisten Stimmen vor der UBP, CTP, DP und TDP mit jeweils 19%, 16,8%, 11,6% und 5,1%

Die Bewohner des Dorfes Agios Georgios (Karaoglanoglu) bei Kyrenia protestierten gegen die Vorschläge der UBP, wonach ein Grundstück in ihrem Dorf an ein türkisches Tourismusunternehmen verpachtet werden soll, das auch in Hotels auf der Halbinsel Karpasia investiert.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Der amtierende Präsident des Revolutionären Gewerkschaftsverbandes (Dev-Is), Hasan Felek, wurde auf der 12. ordentlichen Hauptversammlung ohne Gegenkandidaten in seinem Amt bestätigt. In seiner Rede kritisierte Felek das von Ankara auferlegte Austeritätsprogramm und betonte die Probleme wie z.B. mangelnde Gewerkschaftsvertretung im privaten Sektor, Outsourcing, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, unzureichender Mindestlohn sowie die Mängel beim Arbeitsschutz. Gleichzeitig betonte Felek, dass die Gewerkschaft entschlossen gegen die Privatisierung der Wasserversorgung kämpfen werde.

Der Abgeordnete Zeki Celer von der sozialdemokratischen Partei TDP legte einen

Gesetzesvorschlag vor, wonach in Betrieben mit mehr als zehn Angestellten ein Betriebsrat gesetzlich vorgeschrieben werden soll. Derzeit gibt es im Norden der Insel im privaten Sektor fast keine Betriebsräte.

Außenpolitik

Am 15. April sprach Ankinci vor dem 13. Gipfel der Organisation für Islamische Zusammenarbeit in Istanbul und gab seinem Wunsch Ausdruck, dass 2016 eine Lösung in der Zypernfrage gefunden werde, die Frieden und Stabilität in die Region bringe.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Mai

Freitag 27.05. – Sonntag 29.05.2016

IKME/BILBAN/FES
Workshop

Cypriot Voice

Queens Bay Hotel
Paphos, Zypern
Nicht-öffentliche Veranstaltung



Juni

Freitag 24.06.2016

Post RI/FES
Workshop

International Day Against Homophobia, Transphobia and Biphobia

t.b.a.
Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Soner, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-
Boeros und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Ute Ackermann-Boeros, Hubert Faustmann und
Friedrich Wilke

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnie-
ren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte
eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com